



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/289 - 12.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Mr. Armstrong Deutschland Vision	S. 1
Finnland vor Neuwahlen	S. 3
Zonengrenzhilfe im Labyrinth	S. 4
<u>Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes</u>	

Deutschlandpolitik im Wildwest-Stil

-tt- Die Vorstellungen, die offenbar in maßgebenden Kreisen der politischen Führungsschicht in den USA über die Möglichkeiten einer Europa- und Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten zuhause sind, stehen, so muß es uns hier erscheinen, oft in einem geradezu erregenden Gegensatz zu den harten Realitäten des kalten Kriegsschauplatzes in Europa. Diese bittere Erkenntnis wurde erneut bestätigt durch einen Vortrag, den das ehemalige Mitglied des US-Kongresses, der republikanische Politiker C.K. Armstrong, in der Bonner Parlamentarischen Gesellschaft vor Mitgliedern des Bundestages gehalten hat. Mr. Armstrong hat seine Verdienste für die Besserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses und er wird rühmend genannt als ein Mann, der als einer der ersten Amerikaner gegen die Demontagen auftrat. Auch jetzt befindet er sich wieder als "Botschafter des guten Willens" in der Bundesrepublik und dieser sein guter und ehrlicher Wille, zu einer "Bruderschaft" zwischen Deutschland und Amerika beizutragen, ist nicht anzuzweifeln.

Mr. Armstrong, der sich als eine Art Sprecher des sogenannten Mannes auf der Straße fühlt, vertritt aber eine Linie der amerikanischen Europa- und Deutschlandpolitik, die in gewisser Beziehung geradezu abenteuerlich anmutet. Er hat den guten Gedanken, daß die Besatzungsmächte, die allein für die Teilung

Deutschlands verantwortlich sind, nun auch die Verantwortung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit tragen, weil es sonst keinen gerechten und dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt geben könnte. Diesem Ziele will der Republikaner Armstrong mit einer Friedenskonferenz näherkommen, zu der die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs möglichst bald einberufen sollen. Die Westmächte sollten aber nicht länger ängstlich darauf warten, so meint Mr. Armstrong, daß die Sowjetunion mit ihnen Deutschland vereinige und Frieden in Europa schaffe. Jedem intelligenten Menschen sollte klar sein, daß das bolschewistische Regime einem vereinigten Deutschland niemals zustimmen werde, es sei denn, es würde bolschewistisch.

Wenn die UdSSR an dieser Friedenskonferenz teilnehmen wolle, so wäre sie willkommen. Wenn aber nicht, so sagt Mr. Armstrong, dann sollte der Westen die Sowjetunion "ignorieren" und den Friedensvertrag mit der Bundesrepublik stellvertretend für Gesamtdeutschland schließen und, so vereint, werde der Westen eine solche Stärke haben, daß er die drohende Geißel des Kommunismus abwenden werde. Auf eine Frage, wie er sich den weiteren Weg vorstelle, wenn Moskau nun nicht dem Druck der Stärke weiche und die Ostzone freiwillig herausgebe, sprach Mr. Armstrong von "stärkeren Mitteln", worunter er etwa die Unterstützung von Revolten in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang verstanden wissen wollte.

Mr. Armstrong stammt aus Missouri. Das ist ein schönes Land im amerikanischen Mittelwesten. Aber wir fürchten, daß man sich dort nicht so ganz klar darüber ist, welche politischen Gedankengänge nur als Unterhaltungen im Drugstore oder oben als praktische Erwägungen möglich sind. Wir Deutsche haben ein gemeinsames Ziel: Die Wiedervereinigung Deutschlands. Dieses Ziel soll natürlich in Freiheit erreicht werden, aber auch in Frieden. Wir müssen heute noch in Trümmern leben, und die Last der Kriegsfolgen, persönlicher und sachlicher Art, übersteigt fast unser Leistungsvermögen. Mr. Armstrong aus Missouri wird deshalb vielleicht verstehen, daß wir von Amerika nur eine Europa- und Deutschlandpolitik erwarten, die nüchtern und real ist und in Einklang mit den Bedürfnissen des gesamten deutschen Volkes steht.

Neuwahlen in Finnland

XRX - Helsingfors

Präsident Faasikivi hat dem Ersuchen der Regierung stattgegeben, den Reichstag vorzeitig aufzulösen und für den 7. und 8. März Neuwahlen auszuschreiben. Es geschieht zum dritten Male seit dem Bestehen eines freien Finnland, daß der Reichstag vor Ablauf der Legislaturperiode aufgelöst wird. Ordentliche Neuwahlen hätten erst im Juli 1953 abgehalten werden sollen.

Nach dem Auseinanderbrechen der agrarisch-sozialdemokratischen Koalition im Juni dieses Jahres hat Kekkonen, Führer der Agrarier, den kühnen Versuch unternommen, mit einer aus der Agrarpartei und der Schwedischen Volkspartei gebildeten Minderheitsregierung ein Sparprogramm durchzusetzen, das den Widerspruch der demokratischen Mehrheit des Reichstages fand. Einmal ist Kekkonens Minderheitskabinett von den Kommunisten gerettet worden. Wie man jetzt weiß, ist der Befehl hierzu aus Moskau gekommen: Kekkonen ist in Moskau ganz besonders gut angeschrieben. Aber die kommunistische Schutzhilfe hat nichts mehr genützt, als auch die Schwedische Volkspartei zu wanken begonnen hatte. Ein Kabinett, hinter dem nicht wirkliche Macht steht, hat es sehr schwer, leichtere Aufgaben in schwerer Zeit zu erfüllen, geschweige denn so schwierige wie die Rettung der Staatsfinanzen durch radikale Drosselung des Sozialbudgets. Nicht das Kabinett Kekkonen hat regiert, sondern der Reichstag, der durch seine Ausschüsse für die Ablehnung der Regierungsbeschlüsse sorgen konnte. Dies ist nicht besser geworden, seit das Minderheitskabinett von der aus Politikern und Beamten bestehenden Übergangsregierung Tuomioja abgelöst ist.

Tuomioja ist gegen die Auflösung des Reichstages gewesen; er hat gemeint, bis zum Ausgang der Legislaturperiode weiterrogieren zu können. Da aber auch hinter seinen Regierungsmaßnahmen keine wirkliche Macht steht, wäre es nur ein Fortwursteln geworden, das die Schwierigkeiten des Landes nicht hätte beheben können. Die Sozialdemokraten haben sich der Aufrechterhaltung dieses Zustandes mit Erfolg widersetzt. Die Ausschreibung der Neuwahlen ist auf ihre Initiative zurückzuführen. Im Kabinett ist das Stimmenverhältnis bei der Entscheidung über die Reichstagsauflösung 8 zu 4 gewesen.

Die Vertreter der Agrarier, der Finnischen Volkspartei und der Schwedischen Volkspartei haben sich den vorzeitigen Neuwahlen widersetzt. Die Agrarier nicht zuletzt deshalb, weil ihre auf dem flachen Lande wohnenden Wähler in den zu Anfang März noch tiefverschneiten Gegenden es sehr schwer haben, zu den Wahllokalen zu kommen. Neuwahlen in einem Wintermonat begünstigen die Parteien, die in den Städten und Industriedörfern ihre Verankerung haben. Es ist richtig, daß die politische Luft in Finnland nur durch die Berufung eines neuen Reichstages gereinigt werden kann.

Über das mutmaßliche Ergebnis der Neuwahlen jetzt zu prophezeien, wäre ein müßiges Beginnen. Die Sozialdemokraten haben das Ergebnis jedenfalls weniger zu fürchten als die Agrarier, von den innerlich entzweiten Volksdemokraten ganz zu schweigen.

+ + +

Letzte Hoffnung - Planung muß Wirklichkeit werden

ha-Walkenried, Mitte Dezember

Es war nicht festzustellen, zum wievielten Male sich der Kreistag eines der am härtesten vom Zonengrenzland-Schicksal betroffenen Kreise, des geteilten und mit einem Viertel seines Areals und seiner Einwohner zur britischen Zone geschlagenen Kreises Blankenburg, sich kürzlich mit dem Thema "Zonengrenzhilfe" befaßte. Aber es war bezeichnend, daß sich dieser Frage diesmal so gut wie ausschließlich Sprecher der Parteien rechts von der Sozialdemokratie annahmen und zugeben mußten, wie bisher entgegen allen Versprechungen - insbesondere vor Wähler - nichts geschehen sei.

Einer der Sprecher des BHE verstieg sich sogar zu dem sicher von Herzen kommenden Ausruf, die Kommissionen aus Bonn und anderswoher, die schon zur Genüge im Harz gewesen seien, ohne daß hinterher ein Erfolg ihrer "Bereisungen" zu spüren gewesen wäre, möchten in Zukunft fernbleiben, da sie den schönen Harz allmählich wohl zur Genüge kennengelernt und genossen hätten. Auch ein Sprecher der CDU mußte zugeben, daß es nachgerade unverständlich erscheine, daß zur Linderung von Zonengrenznöten bisher vom Bund rd. 190 Millionen M ausgeschüttet worden seien, von denen ein so notleidender Grenzkreis wie Blankenburg, der mit 62,5 km Zonengrenze im Verhältnis zu seiner Größe und seiner Einwohnerzahl die bei weitem längste Zonengrenze

aller Zonengrenzkreise zwischen Lübeck und Hof aufweise, bislang erst gegen 650000 M., also noch nicht einmal eine dreiviertel Million, erhalten habe. Er versprach, sich einmal näher für die "Weichenstellung" bei der Vergabe der Zonengrenzhilfe zu interessieren.

Es darf immerhin als Fortschritt gebucht werden, daß allmählich auch die Kreise der Wirtschaft und Industrie, denen die Förderungs- mittel in jedem Falle bevorzugt zugute kommen, von der Unzulänglich- keit der bisherigen Maßnahmen, ob sie unter den Devisen "Zonengrenz- hilfe" oder "Sanierungskredite" liefen, sich überzeugen mußten. Sie haben es zweifellos ungern und schweren Herzens getan. Denn noch wäh- rend des Bundestagswahlkampfes wurden sachlich begründete und beweis- kräftig belegte Hinweise auf den Leerlauf des gesamten Zonengrenz- Hilfsprogramms als "sozialdemokratische Netze" und "üble Machwerke" abgetan.

Es ist ebenso bemerkenswert wie erfreulich, daß sich nunmehr Ab- geordnete der Koalitionsparteien jener "hetzerischen" und "üblen" Ar- gumente bedienen, um zu dem gleichen Ergebnis zu gelangen, daß die gesamte bisherige Hilfe völlig unwirksam und noch nicht einmal der Tropfen auf den heißen Stein gewesen sei. Als letzte Hoffnung wurde die persönliche Initiative der Bundestagsabgeordneten proklamiert.

Die Forderungen freilich, die zur Verwirklichung eines den Namen "Zonengrenzhilfe" verdienenden Sanierungsprogramms formuliert worden, sind nicht neu. Es sind die in Kassel von der SPD formulierten Forde- rungen. Sie lauten im wesentlichen Frachtenhilfe nach dem Vorbild der einstigen Osthilfe, zinsgünstige und langfristige Kredite ohne bank- mäßige Absicherung und unter Anwendung eines weniger umständlichen und zeitraubenden Verteilungsverfahrens, Steuererleichterungen durch langfristige Stundung alter Steuerschulden und Herabsetzung insbeson- dere der Gewerbesteuern und die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Wirtschaft des Zonengrenzraums.

Wie sich die unterschiedliche Handhabung der Frachtenhilfe, die in der Rückerstattung von Frachtgoldern besteht, in den einzelnen Bun- desländern auswirkt, dafür gab der technische Betriebsleiter eines Harzer Steinbruchs ein anschauliches Beispiel. Auftraggeber in Bad Pyrmont und Celle (beide also in Niedersachsen) hatten Kalkulationen für größere Posten Pflastersteine bei dem einschlägigen Harzer Stein- bruchbetrieb und einigen ostbayerischen Steinbruchbetrieben angefor- dert. Obwohl der Harzer Betrieb mit seiner Kalkulation ab Werk bei weitem das preisgünstigste Angebot abgab, erhielt ein Werk in Ostbay- ern den endgültigen Zuschlag, weil in Bayern die Frachtvergünstigung auch für Steine und Erden, in Niedersachsen dagegen nur für Kali, Kalk, Gips und Kunstdünger gilt, außerdem nur für Bundesbahnstrecken, nicht aber für Privatbahnen und Lastführverkehr. So konnte und kann jeder- zeit Bayern mit Hilfe von Bundesmitteln die niedersächsische Konkur- renz in deren eigenem Lande aus dem Felde schlagen.

+ + +

Keine Terminbegrenzung

In der Presse ist irrtümlicherweise das Gerücht verbreitet wor- den, daß der amerikanische Außenminister Dulles die Absicht habe, nicht länger als vier Tage an der kommenden Viermächte-Konferenz in Berlin teilzunehmen.

Die Hohe Kommission der amerikanischen Regierung in Deutschland legt Wert auf die Feststellung, daß eine solche Äußerung Dulles' nie gefallen sei und daß alle daran geknüpften Vermutungen jeder Grund- lage entbehren.

Verantwortlich: Peter Raunau

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm am Wochenende zu der Möglichkeit einer Viermächtekonferenz in nächster Zeit Stellung.

Die Sozialdemokratie begrüsst es, dass der Notenaustausch zwischen den vier Besatzungsmächten endlich zu der von beiden Seiten erklärten Bereitschaft geführt hat, ohne weitere Vorbedingungen am Verhandlungstisch den Versuch zu machen, die Einheit Deutschlands wieder-herzustellen.

Die Sozialdemokratie appelliert an alle an den Viermächteverhandlungen Beteiligten, jede Möglichkeit einer Verständigung zu suchen, damit dem deutschen Volk endlich, neun Jahre nach Kriegsschluss, die Last der Spaltung seines Vaterlandes genommen und das Recht auf Einheit verwirklicht wird. Damit würde auch dem Frieden Europas ein entscheidender Dienst geleistet.

Von der Bundesregierung erwartet die Sozialdemokratie, dass sie alle Anstrengungen macht, auf die positive Ausnutzung jeder Verhandlungsmöglichkeit durch die Besatzungsmächte einzuwirken. Die Bundesregierung ist durch Bundestagsbeschluss verpflichtet worden, die Bundestagsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für gesamtdeutsche und Berliner Fragen über alle mit der Viermächtekonferenz zusammenhängenden Angelegenheiten und die Entwicklung der Verhandlungen auf dem laufenden zu halten. Die Bedeutung der Viermächtekonferenz für das Schicksal Deutschlands erfordert es, dass die Bundesregierung engsten Kontakt mit den zuständigen Ausschüssen der Volksvertretung hält.

x

Einen breiten Raum nahmen in der Sitzung die von Willi Eichler gegebene Übersicht über die in der Partei in Gang befindliche Aussprache zu Grundsätzen und praktischen Fragen der sozialdemokratischen Politik und die Diskussion darüber ein. Zwei

Kommissionen werden die allgemein politischen und die besonderen organisatorischen Fragen prüfen, die durch die öffentlich und in voller Freiheit geführte Aussprache aufgeworfen worden sind. Das Ergebnis der Prüfung wird aller Voraussicht nach der nächsten gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und Parteiausschusses vorliegen, die für die letzten Januartage vorgesehen ist.

x

Der Vorstand beschloß, die bereits angekündigte zentrale wissenschaftliche Zeitschrift zum ersten Male am 1. Mai herauszugeben. Zunächst ist eine zweimonatliche Erscheinungsweise vorgesehen.

x

Die Arbeitsgemeinschaft für Europäische Zusammenarbeit beim Vorstand der SPD, die sich aus etwa 25 in besonderem Maße an Fragen der europäischen Zusammenarbeit interessierten Persönlichkeiten zusammensetzt, wird voraussichtlich im Januar zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten.

x

Im Anschluß an die Berichterstattung über die letzten Zusammenkünfte mit Vertretern sozialistischer Parteien anderer Länder wurde beschlossen, zur Tagung der europäischen Sozialisten, die am 23. und 24. Januar in Brüssel stattfinden soll, eine Delegation zu entsenden, die sich zusammensetzt aus dem Vorsitzenden der Partei, Erich Ollenhauer, sowie ^{den} Vorstandsmitgliedern bzw. Abgeordneten Deist, Eichler, Erlor, Heine, Lütken, Memmer, Carlo Schmid und Wehner. Eine der Hauptaufgaben dieser Konferenz wird es sein, eine stärkere Koordinierung der Politik der verschiedenen sozialistischen Parteien aller freien europäischen Länder vorzubereiten.

+ + +